



April 1999

Solidaritätspreis: öS 20.-

VORWÄRTS**Sozialistisch ★ Antifaschistisch ★ International** **öS 8.-**

Zeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts

erscheint seit 1983

Nummer 92

Widerstand gegen Rechts!

Subventionen für rechtsextreme Organisationen, Geschäftsverbindungen öffentlicher Stellen mit Rechtsradikalen und rechtsextreme Symbole sind in vielen österreichischen Städten zu finden. Wie andere AntifaschistInnen auch, führt die Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) gegen diese „Braunen Flecken“ einen konsequenten Kampf. Jetzt schlägt einer jener Politiker, der Rechtsextremismus in seiner Stadt billigt und finanziell fördert, zurück und klagt einen jungen Antifaschisten.

John Evers
SOV Wien Mitte

Klage vom 4. 3. 1999, Landesgericht
Wels, Geschäftszahl 4 Cg 50/99s).

Die „Braunen Flecken“

Franz Breier jun., 21, Student und Bundesvorstandsmitglied der SOV, wurde per 4.3.1999 vom Welser Bürgermeister Karl Bregartner wegen „Verletzung der Ehre und des Ansehens“ geklagt. Als Gesamtstreitwert sind öS 480.000,- angegeben. Die SOV beantwortet diese Klage mit einer breiten Gegenkampagne.

Unmittelbarer Anlaß für die Klage ist die Kampagne der SOV „Den braunen Sumpf trocken legen“, die u.a. den Rücktritt des Bürgermeisters fordert. Breier war und ist in dieser Kampagne aktiv. Durch verschiedene Flugblätter und Flugzettel wurde von Breier - so der klagende Bürgermeister - der „... unrichtige Eindruck erweckt, der Kläger sei ein rechtsextremer Bürgermeister. Dem durchschnittlichen Leser wird suggeriert, der Kläger billige rechtsextremes Gedankengut oder fördere oder bewundere es sogar.“ (Zitat aus der

Seit rund einem Jahrzehnt stehen die „Braunen Flecken“ in Wels vor allem auch durch die Arbeit der „Initiative Welser gegen Faschismus“ in der öffentlichen Diskussion. Braune Flecken, das waren ursprünglich die Gedenktafel der Kameradschaft IV der Waffen-SS, die nach dem „illegalen“ Nationalsozialisten Moritz Eitzold benannte Turnhalle des Österreichischen Turnerbundes (ÖTB) sowie die „Kernstockstraße“. Kernstock war der Dichter des sogenannten „Hakenkreuzliedes“. Der ÖTB erhält regelmäßige Subventionen. Dazu kam ein gewisses Naheverhältnis Bregarners zu als rechtsextrem bekannten Personen.

Zahlreiche Persönlichkeiten - von Erich Fried bis Anton Pelinka - , mehrere Demonstrationen und 1995 sogar der SPÖ-Bundesparteivorstand

forderten die Entfernung der „Braunen Flecken“. In der SPÖ stellten VertreterInnen der Jugendorganisationen mehrere Ausschußanträge. Erst als die SP-Spitze 1996 eine eigene Kommission einsetzte, kam es zur Umbenennung der „Moritz-Eitzold-Halle“ sowie der „Kernstockstraße“. Das Problem der SS-Gedenktafel hatte sich inzwischen „von selbst“ erledigt - sie wurde allerdings nicht „politisch“ entfernt, sondern 1994 von Unbekannten entwendet. Ein „9-Punkte-Vertrag“ zwischen SP-Führung und Bregartner sollte 1997 schließlich das Ende der „Braunen Flecken“ regeln.

Die Stammtischaffäre

Jedes Vertrauen, das in Bregartner gesetzt wurde, erwies sich als unangebracht. Februar 1997 wurde die sogenannte Stammtischaffäre bekannt: Bregartner war gemeinsam mit dem Unternehmer Robert Wimmer fotografiert worden. Wimmer führte in der Vergangenheit Veranstaltungen mit dem Neonazi Gerd Honsik und dem Holocaust-Leugner David Irving durch. Bregartner damals: „Der Wimmer ist in Wels bekannt für seine Geisteshaltung (...) Und überhaupt, mit wem ich in meiner Freizeit ein Achterl trinke, geht niemanden etwas an.“ (profil)

Den „9-Punkte-Vertrag“ mit der SPÖ brach Bregartner in der Folge bereits mehrfach. „Punkt 7“ besagt, daß die „Stadt Wels Geschäftsverbindungen mit Personen einstellen möge, die rechtsextremer Aktivitäten verdächtig sind“. Bregartner vermietet jedoch weiterhin als Präsident der Welser Messe an den „bekannten Rechtsradikalen“ (DÖW) Ludwig Reithaler. Ebenfalls wird der ÖTB - eine „der großen, etablierten Organisationen des österreichischen Rechtsextremismus“ (DÖW), von der Stadt Wels weiter subventioniert.

SPÖ-Spitze schweigt

Der weitere Umgang in der SPÖ verlief zwiespältig: Während der Bundesjugendsekretär der „Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter“, Willi Mernyi den Rücktritt Bregarners wegen „Beschmutzung sozialdemokratischer Grundwerte“ forderte, verteidigte die SPÖ-Oberösterreich Bregartner. Der Druck auf die Bundesspitze der SPÖ wuchs aber inzwischen so, daß 1998 neuerlich eine Kommission, diesmal unter Nationalratspräsident Heinz Fischer, eingesetzt wurde. Sie arbeitet bis jetzt allerdings ohne Ergebnis und hält sich auch in der aktuellen Causa bedeckt. Und das trotz zahlreicher Anrufe, Protestresolutionen (siehe S.3) und auch der einsetzenden Medienberichterstattung (Standard, Oberösterreichische Nachrichten, Welser Rundschau, Volksstimme).

Feiger Akt

Der solchermaßen vielfach politisch „angeklagte“ Karl Bregartner hat es während all dieser Jahre nicht gewagt, inhaltlich auf die Anschuldigungen zu reagieren. Sturheit und Machtbewußtsein wurden von ihm stets demonstriert - Reaktionen verliefen nach dem Motto: „Was ich in Wels tue, geht niemanden etwas an“. Nun geht Bregartner mit dieser Klage plötzlich in die Offensive. Der Beklagte Franz Breier zieht aus diesem Verhalten vor allem einen Schluß: „An mir als vermeintlich schwächstem Glied einer langen Kette von Aussagen und Aktionen gegen Bregartner soll ein Exempel statuiert werden. Die Klage sehe ich

als Versuch, mich finanziell zu ruinieren und aktive antifaschistische Kräfte mundtot zu machen“.

Weg mit den „Braunen Flecken“

Die SOV betrachtet Bregartner als inzwischen bundesweites Symbol: „Man braucht sich keinen Illusionen hingeben, Politiker wie Bregartner und auch Braune Flecken gibt es in vielen österreichischen Städten. Aber jede Niederlage Bregarners ist auch eine Niederlage für alle diese Auswüchse“, heißt es in einer Stellungnahme. Die SOV fordert die Rücknahme der Klage, den sofortigen Rücktritt Bregarners und die Entfernung aller „Braunen Flecken“. Inzwischen sind in Wels schon Aufkleber mit dem Slogan „Bre bleib - mehr Geld für Rechtsextreme“ aufgetaucht.

Infos und Solidaritäts-
erklärungen gibt es im SOV-
Bundesbüro
1070, Kaiserstr. 14/11

Telefon: 01-524 63 10,
Fax: 01-524 63 11
e-mail: sov@gmx.net

Spendenkonto: PSK
72.620.353, Franz Breier

Klagende Partei: Karl Bregartner, Bürgermeister,
Rathaus, Stadtplatz 1, 4601 Wels

vertreten durch: Rechtsanwälte
Dr. Peter Rosch
Dr. Ingrid Rosch
S 400324
Verteidiger in Strafsachen
4600 Wels, Eisenhofstraße 40
Tel. 07242/47024/61212

Beklagte Partei: Franz Breier jun., geb. 24.10.1977, Arbeitnehmer,
Toiflweg 29, 4600 Wels

Wegen: Unterlassung S 240.000,00
Widerruf S 240.000,00

Aus dem Inhalt:

Steuerreform	Seite 2
Arbeitslosigkeit	Seite 3
FPÖ: Wie stoppen?	Seite 4/5
Unpolitische Kultur?	Seite 6
EU in der Krise	Seite 7
Nato-Angriffe	Seite 8

Der Standpunkt

Sturm auf die Geheimdienstzentralen!

Die Erläuterung zur Regierungsvorlage für das neue Sicherheitspolizeigesetz spricht deutlich aus, um was es eigentlich geht: Die Erfahrung zeige „daß sich Radikalisierungstendenzen (...) bereits über längere Zeit abzeichnen“.

Im Grunde handelt es sich dabei um eine Aussage mit gehöriger Sprengkraft. Die Regierung gibt selbst zu, daß Österreich offensichtlich politisch wie sozial instabilen Zeiten entgegen geht - denn „Radikalisierungstendenzen“ fallen schließlich nicht vom Himmel. Der Entwurf der Regierung regelt nicht mehr und nicht weniger als die neuen Kompetenzen ihrer Geheimdienste - der „Staat“ rüstet politisch auf. Kernstück der Reform ist die Umstrukturierung der Staatspolizei zum „Staatschutz“ mit der Kompetenz zur „erweiterten Gefahrenforschung“. Bemerkenswert offen erklärt Sicherheitsdirektor Sika: Einerseits beklage man sich, die Kurdenproteste nicht voraus gesehen zu haben. „Andererseits sollen wir keine Möglichkeiten bekommen, entsprechende Ermittlungen zu führen“.

Dieser Vorstoß ist ungeheuerlich - politische Gruppen können damit - nach dem neuen Gesetz - auf bloßen Verdacht hin observiert werden. Noch ungeheuerlicher: Die Staatspolizei, die schon bisher getan hat, stellen Sika und Innenminister Schögl ebenfalls klar: Es gehe darum, diese Arbeit auf eine „einwandfreie rechtliche Grundlage zu stellen“.

Null Kontrolle

Der österreichische Staat leistet sich zum polizeilichen, noch zwei militärische Geheimdienste, deren Tätigkeit im „Militärbefugnisgesetz“ geregelt wird. Auch die Rechte der „Militärs“ werden jetzt massiv erweitert: Lauschangriff und Überwachung sind in Zukunft schon möglich, wenn ein „Angriff auf militärische Rechtsgüter als wahrscheinlich anzunehmen ist“. Es ist anzunehmen, daß jede antimilitaristische Gruppe sowie dieser Kommentar als ein derartiger „Angriff“ gewertet werden wird. Die Kontrollmöglichkeiten über die Geheimdienste zeigt, wohin „die Reise gehen soll“: Mitarbeiterzahl, Identität und Geldmittel sind unbekannt, da geheim! Diese Gesetzesentwürfe sind ein schwerer Angriff auf alle, die Widerstand gegen die herrschenden Zustände leisten. In einer Zeit in der fast täglich neue Berichte über rassistische und gewalttätige Polizisten, sexuelle Übergriffe, Drogenskandale und Rechtsextremismus im/aus dem Sicherheitsapparat zu lesen sind, gibt man diesem Apparat noch mehr Kompetenzen in die Hand!

Bereits 1991 wurden durch das - damals neue - Sicherheitspolizeigesetz die Rechte der Polizei massiv erweitert. Es folgten Lauschangriff und Rasterfahndung mit dem Argument, nur so die „organisierte Kriminalität“ zu bekämpfen. Diese Argumentation platzt nun wie eine Seifenblase: Tatsächlich ging und es geht in erster Linie um die Bespitzelung der politischen Opposition in dieser Gesellschaft. Das dazu z.B. die FPÖ nicht gehört, läßt sich alleine schon aus der prinzipiellen Zustimmung dieser Partei zu jeder Kompetenzerweiterung der Polizei und der Geheimdienste ableiten.

Linke Gegenwehr ist hier nötig und möglich. 1990 wurde bekannt, daß der österreichische Staat seit vierzig Jahren Spitzelakten über hunderttausende Menschen angelegt hatte. Damals erhielten - nach massiven öffentlichen Protesten - viele politische AktivistInnen zumindest formell Akteneinsicht und die Zusage, daß die Akten vernichtet werden. Zu frisch war den Regierenden wohl noch der Sturm der Geheimdienstzentralen in Osteuropa in Erinnerung mit dem folgenden Sturz der dortige Regime in Erinnerung ...



von John Evers

Steuerreform

Edlinger, der Osterhase

Edlinger, der Osterhase, verteilt viele bunte Schokoladecor an die Wählerinnen und Wähler. Schließlich finden heuer noch mehrere Wahlgänge statt, in denen die Regierungsparteien hoffen, besser abzuschneiden als bei den letzten Landtagswahlen. 33 Milliarden werden insgesamt verteilt - 17 Milliarden für die ArbeitnehmerInnen, 12 Milliarden für die Familien, ein paar Milliarden für die Unternehmer. Ist eine Trendumkehr eingetreten nach den Sparpaketen der letzten Jahre?

Sonja Grusch
SOV Wien Nord

Den Hauptpunkt stellen die Tarifenkürzungen dar, von denen die unteren Einkommensgruppen prozentuell stärker profitieren als die oberen. Bar mehr im Borsel werden aber dennoch die Besserverdienenden haben. Konkret: Bei einem Monatseinkommen von 85 10.000,- brutto bedeutet das ein Plus von jährlich 85 1.500,- wer 85 100.000,- oder mehr pro Monat verdient, erspart sich 85 7000,- pro Jahr. Weitere Gewinner sind Familien mit Kindern. So weit, so gut.

Große Eier für die Kleinen?

Nicht übersehen werden darf allerdings, daß die jetzigen Maßnahmen maximal einige wenige Auswirkungen der Sparpakete der letzten Jahre wettmachen. Außerdem gibt es alle paar Jahre Tarifanpassungen, um der „kalten Steuerprogression“ entgegenzuwirken. Kalte Steuerprogression bedeutet, daß man durch die jährlichen Lohnsteigerungen automatisch in eine höhere Steuerklasse fällt und mehr Steuer bezahlt. Da die Lohnerhöhungen aber in den letzten Jahren teilweise nicht einmal die Preissteigerungen abgedeckt haben, bedeutet das jährlich zusätzliche Reallohnverluste.

Tatsache ist weiters, daß in den letzten Jahren eine ganze Reihe von „Reformen“ durchgeführt wurden, die auf Kosten der unteren Einkommensschichten gingen und von denen „die Reichen“ massiv profitierten. In den letzten 20 Jahren hat sich die

Einkommensschere vergrößert. Die Reichen werden immer reicher. „Die Steuerpolitik der letzten 20 Jahre war gekennzeichnet von massiven Steuerbegünstigungen für Einkünfte aus Besitz und Unternehmung. Diese Steuerquote hat sich nahezu halbiert, während die Belastung der Lohnneinkommen massiv erhöht wurde.“ (Gerhard Wohlfahrt, in: Reichtum in Österreich)

„Neo-Keynesianismus“

Das ganze Paket basiert auf sogenannten keynesianistischen Wirtschaftskonzepten - also Konzepten, die die Nachfrage stimulieren sollen, um die Wirtschaft anzukurbeln. Die Welt - aber v.a. auch die europäische Konjunktur verlangsamt sich, was negative Auswirkungen auf Österreichs Exporte hat. Nun wird versucht, einen Ausfall in diesem Bereich durch eine erhöhte Inlandsnachfrage wett zu machen. Das Problem an der Sache: In Wirklichkeit ist völlig unklar, wie dieses Paket finanziert werden soll.

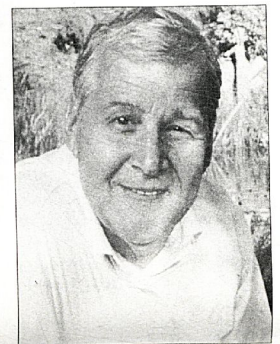
Lediglich für einen kleinen Teil der insgesamt 33 Milliarden gibt es „Finanzierungskonzepte“. So soll zum Beispiel die öffentliche Hand bei den „Betriebskosten“ eine Milliarde einsparen. Wird da wohl in Zukunft jedem Beschäftigten hinterherschpielt, damit keine Privatgespräche mehr geführt werden können? Durch die Hintertür werden Vorbereitungen für die nächsten Jahre getroffen.

Versteckt hinter der beschlossenen Begünstigung der privaten Altersvorsorge, werden zukünftige Angriffe auf das bestehende Pensionsystem

vorbereitet. Und wenn es bei Betriebsübergaben künftig einen Freibetrag von 5 Millionen Schilling pro Betrieb bei Erbschafts- und Schenkungssteuer geben wird, wird die Wirtschaftskammer wohl bald anklopfen und hier eine Ausweitung verlangen. Ganz genauso wie bei den anderen, unternehmensbezogenen Maßnahmen.

Keine Finanzierung

Der größte Brocken der 30 Milliarden Schilling Ausfall durch gesenkte Steuereinnahmen soll durch eine (dadurch) gesteigerte Inlandsnachfrage wieder hereingebracht werden - ein Modell das schon in der Ver-



Faule Eier ins Nest gelegt

gangenheit nicht funktioniert hat. Auch wenn Edlinger ein neuerliches Sparpaket ausschließt, so sind wir sicher, daß es in den nächsten Jahren zu weiteren Kürzungen und Angriffen auf die sozial Schwachen kommen wird. Nicht vor der Wahl und vielleicht nicht in Form eines großen Sparpaketes, aber daß dieses Ei faul ist, wird bald offensichtlich sein. Und weil die Reform in Wirklichkeit nicht einmal ein Reförmchen ist, wird wohl nach der Wahl die Diskussion neuerlich beginnen.

Die Kampagne der SOV gegen die Klage von Bregartner

Bregartner ist völlig isoliert!

Nachdem die Klage von Bürgermeister Bregartner gegen Franz Breier jun. am 10. März zugestellt wurde, vergingen nur wenige Stunden, bis die SOV in die Offensive ging. Eine Kampagne wurde über Nacht aus dem Boden gestampft - eine Kampagne, die bis jetzt bereits breiteste Unterstützung erhalten hat.

Sonja Grusch
SOV Bundessekretärin

Auch wenn formal die Klage gegen Franz Breier jun. gerichtet ist: Dieser Angriff ist keine Privatsache, sondern eine Attacke gegen aktiven Antifaschismus und die SOV. Wenn Bregartner mit seinem Vorstoß erfolgreich ist, haben Politiker wie er einen „Persilschein“ für ihre (Un-)Taten. Wie wichtig dieser Prozeß ist, zeigt sich in der breiten Unterstützung, die wir bisher erhalten haben.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion:
Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV),
1070 Wien; Kaiserstr. 14/11
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23
Herstellung- und Verlagsort: Wien

„Als Unterzeichnende/r erkläre ich/wir, daß auch bei mir/uns in der Vergangenheit der Eindruck erweckt wurde, daß Bürgermeister Bregartner rechtsextrêmes Gedankengut billig oder fördert. Ich fordere die umgehende Entfernung aller „Braunen Flecken aus Wels, die Rücknahme der Klage und den Rücktritt von Karl Bregartner.“

Hugo Pepper, ehemaliger Vorsitzender der sozialistischen Freiheitskämpfer, sammelte einen ganzen Stoß Unterstützungs erklärungen, die er aus SOV-Büro übersendete - AntifaschistInnen aus diversen Organisationen haben die Solida-

ritätsresolution unterschrieben bzw. eigene Protesterklärungen verfaßt.

Der Republikanische Club Neues Österreich und SJ-Bezirks- und Landesgruppen unterstützen die Kampagne.

Grüne Nationalrats- und Gemeinderatsabgeordnete wie Van der Belen, Stoits und Öllinger, Sander und Huemer haben ebenfalls unterzeichnet.

Aus dem Gewerkschaftlichen Bereich AUGÉ, GLB und KIV sowie dutzende BetriebsrätlInnen, PersonalvertreterInnen und FunktionärInnen aus GPA, HGPD und ÖGB-Bildungsabteilung und der Jugendsektar der Chemiearbeiterjugend.

Weiters Walter Baier, als Bundesvorsitzender für die KPÖ, der KSV und VSSTÖ-Chefin Czernohorsky.

Mirko Messner vom Zentralverband slowenischer Organisationen in

Kärnten hat ebenso unterschrieben, wie der ehemalige Widerstandskämpfer Karl Flanner und der Kulturverein Druzba.

Auch Universitätsprofessor Emmerich Talos, Olaf Arne Jürgensen, Sprecher der österreichischen Kinderprimärärzte und Eva Rossmann vom unabhängigen Frauenforum unterstützen die Kampagne.

KünstlerInnen wie Barbara Klein für LINK, Lukas Resetarits, Erich-Hackl und Ernst Hinterberger runden die vorläufige Liste der „Promis“ ab.

Außerdem gibt es Unterschriften von hunderten Jugendlichen, Linken und GewerkschafterInnen. Finanzielle Unterstützung gab es bisher von der KPÖ (sie hat zugesagt einen Teil eventueller Prozeßkosten zu übernehmen), von KIV und AUGÉ und von unzähligen EinzelspenderInnen. Die Kampagne wird politisch wie ju-



Bregartner klagt Antifaschisten - Wir fordern Rücktritt

ristisch auf allen Ebenen vorgesetzt. Die hohe SPÖ-Prominenz schweigt allerdings nach wie vor. Wir akzeptieren das nicht und werden sie beim Prozeß in den Zeugenstand rufen...

Autoindustrie

Klassenkampf auf 4 Rädern

In der weltweiten Autoindustrie steht eine Produktionskapazität von 79 Millionen Autos einem Absatzmarkt von 58 Millionen pro Jahr gegenüber. Jedes Jahr könnten damit 21 Millionen Autos mehr produziert werden, als verkauft werden können. Das entspricht z.B. der gesamten Jahresproduktion der Vereinigten Staaten. Der Konkurrenzdruck auf die Unternehmer und auf die ArbeiterInnen wird daher weiter steigen.

Fabian Linzberger
SOV Wien Mitte

Seit der Einführung des Model-T von Ford ist die Autoindustrie Schauplatz erbitterter Arbeitskämpfe. General Motors hatte beispielsweise - wie andere Firmen in den USA - bewaffnete Privatarmeen, die in den Produktionsstätten patrouillierten, um Unruhen niederzuschlagen. Trotzdem gelang es den Gewerkschaften damals Widerstand, wie beispielsweise die Sitzstreiks und Besetzungen der dreißiger Jahre, zu organisieren. Doch die Unternehmer haben dazugelernt: Heute werden die meisten Verschlechterungen mit Zustimmung der Gewerkschaftsführung durchgesetzt. Widerstand wie bei Renault-Vilvoorde wird nur noch selten von der Gewerkschaftsspitze organisiert.

Fusions- und Übernahmewelle

Zur Zeit findet in der Autoindustrie wieder eine Fusionswelle statt. BMW kaufte Rover und Rolls-Royce, Daimler und Chrysler fusionier-

ten, Ford übernahm Volvo, VW Bentley, Hyundai stieg bei KIA ein und am Wochenende gab Renault die Fusion mit Nissan bekannt. Dadurch verändern sich permanent die Branchenverhältnisse. Renault stieg durch die Fusion mit Nissan vom elftgrößten Autohersteller über Nacht zum Branchenvierten hinter General Motors, Ford und VW auf.

Dabei ist noch kein Ende der Konzentration in Sicht. Branchenkenner gehen davon aus, daß es in ein paar Jahren nur noch 6 Konzerne geben wird. Der Rest wird geschluckt oder geht in Fusionen auf. Der Kampf um die noch verbleibenden „kleineren“ Hersteller wird sich immer weiter zuspitzen. Galt auch Renault noch vor kurzem wie BMW, FIAT oder Peugeot/Citroen als „interessant“ für die Großen.

Ein Grund für diese „Neustrukturierung und -aufteilung“ der Branche sind sicherlich einmal die gigantischen Überkapazitäten (zuvielen Maschinen im Verhältnis zu den Absatzmöglichkeiten). Denn je größer der Konzern, desto „leichter“ können diese ausgeglichen werden. Viel

wichtiger aber ist die Verbreiterung der Produktpalette. Nur wenige Hersteller bieten alle Modellsparthen an. So kaufte BMW Rover, weil die Nachfrage nach Geländewagen groß war - und BMW baute im Gegensatz zu Rover keine Geländewagen.

Ein Stehsatz bei Übernahmen wurde das „Nutzen von Synergieeffekten“. Konnte man sich vor ein paar Jahren darunter noch gar nichts oder nur wenig vorstellen, wissen wir heute darüber schon mehr. In der Norm bedeutet das Angleichung der Produktion, Rationalisierung und somit Arbeitsplatzabbau. Nicht umsonst geht schon am Tag nach der Fusion bei Nissan das große Zittern los - denn auch da sind sich alle Branchenkenner einig, daß Nissan mit seinen rund 140.000 Beschäftigten „kräftig schrumpfen muß“.

Fusion am Beispiel BMW-Rover

In dem Rover-Werk in Longbridge (Britannien) mit 14.000 Beschäftigten, das sich im Besitz von BMW befindet, sind die Maßnahmen der in die Offensive gezwungenen Unternehmer klar zu sehen. Mit dem Argument, daß ohne Einsparungen die Konkurrenzfähigkeit verloren geht, werden Konzepte wie ein „Arbeitszeitkonto“ für die ArbeitnehmerInnen durchgesetzt. Auf diesem Konto wird in Zeiten geringerer Produktion



Die Dividende muß stimmen...

die vorübergehend nicht benötigte Arbeitszeit „gespeichert“. In Zeiten, in denen die Produktion voll anläuft, müssen dann von der Belegschaft entsprechend Überstunden eingearbeitet werden. Selbstverständlich ohne zusätzliche Bezahlung.

Erpressung pur

Die andere bemerkenswerte Tatsache im Zusammenhang mit diesem Rover-Werk ist, daß BMW droht, das Werk zu schließen, sollte nicht eine Subvention in der Höhe von 200 Millionen Pfund vom Staat bezahlt werden. Mit der altbekannten „Standortlogik“ wird erklärt, daß die

Produktion andernfalls nach Ungarn verlegt werden müsse, weil dort die Lohnkosten eben geringer sind.

In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit fällt es den Unternehmern naturgemäß leicht, Druck auszuüben. Dennoch ist die Rolle der Gewerkschaftsführer, die den obengenannten Angriffen bedingungslos nachzugeben bereit sind, nicht unterzubewerten. Schon lange ist es notwendig, klarzustellen, daß es nicht Aufgabe der ArbeitnehmerInnen sein kann, für Krisen zu bezahlen, die andere verursacht haben. Warum sollen sie die Kosten für die Fehler eines Systems tragen, das sie nicht kontrollieren können?

Arbeitslosigkeit

Wo bleibt die Trendwende?

Vor einem Jahr hat die Regierung den „Nationalen Aktionsplan“ - kurz NAP - zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erstellt. Die Ziele: 100.000 neue Jobs bis zum Jahr 2002 und eine Trendwende am Arbeitsmarkt. Zeit für eine erste Bilanz.

Ali Kropf
SOV Wien Süd

Vor einem Jahr wurde bei den Sozialpartnern und der Regierung noch groß gefeiert. Wenn es nach ihnen ging, sollte der NAP des „Rätsels Lösung“ sein, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen - nur geändert hat sich bis jetzt nicht viel. Die Arbeitslosigkeit steigt weiter an und erreichte vor einigen Wochen den Rekordwert von 9,2% nach der alten Berechnungsmethode. Ende Februar waren laut AMS 297.549 Menschen arbeitslos gemeldet - das sind wieder um 0,5% mehr als im Vorjahr. Und das alles trotz „beschönigter“ Statistik. Denn neuerdings zählen NotstandshilfempfängerInnen, denen das Notstandshilfsgeld gesperrt wurde, nicht mehr zur Arbeitslosenstatistik.

Dauerbankrott

Und wie schaut es bei den 100.000 neuen Jobs aus? Nicht viel besser. Auch da haben wir bis jetzt nicht viel sondern eher gar nichts gesehen. Anstatt von neuen Arbeitsplätzen zu lesen, häufen sich wieder die „Horror-meldungen“: Schließung von Bären-Batterien, Kündigungen oder Schließung bei Waagner-Biro, Kurz-

arbeit und Kündigungen bei Phillips Lebering und Arbeitsplatzabbau bei Steyr - um nur wenige Beispiele herauszugreifen. Von einer Trendwende kann angesichts dieser Fakten kaum gesprochen werden. Da ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß man in letzter Zeit von NAP nichts mehr hört oder sieht. Wer erinnert sich schon gern an „nichtehaltbare Versprechungen“ - noch dazu in einem

diesem Argument setzten ÖVP und Wirtschaft großzügige Begünstigungen für Jungunternehmer durch: Befreiung von den Dienstgeberbeiträgen zum Familienfonds, Wohnbauförderung, Unfallversicherung und der Kammerumlage II. Nun entpuppt sich aber auch die „Gründerwelle“ nach einer Studie der Wirtschaftsuniversität Wien als „stumpfe Waffe“ gegen die steigende Arbeitslosigkeit: 54,7% aller Neugründer beschäftigen nämlich gar keine Mitarbeiter!

Also bis jetzt alles „leere Worte“ und „stumpfe Waffen“, wenn es dar-

tik am Kurs der Regierung, aber Widerstand wird keiner organisiert. Ein Ansatzpunkt für Widerstand gegen das „Europa der Arbeitslosen“ ist die Euromarsch-Demonstration am 29. Mai in Köln.

Mach mit beim Euromarsch!

Vor rund zwei Jahren demonstrierten in Amsterdam zehntausende Jugendliche, aktive GewerkschafterInnen und Erwerbslose aus ganz Europa gegen das „Europa der Arbeitslosen“. Anlaß war damals die zeitgleiche Unterzeichnung der „Amsterdamer Verträge“ der Europäischen Union.

Jetzt ist es wieder soweit. Am 29. Mai findet anlässlich des Regierungsgipfels der EU eine europaweite Demonstration in Köln statt. Diesmal lautet unser Motto: International gegen die Diktatur der Banken und Konzerne!

Jetzt anmelden:

Dazu wird es natürlich auch wieder Busse aus Wien geben:

Sozialpreis für StudentInnen,
SchülerInnen und Erwerbslose
ATS 450,-
Normalpreis
ATS 900,-

Anmeldung unter: 01 - 524 63 10



Eine Form des Widerstands: Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit

Superwahljahr?

Wirtschaft und ÖVP fordern seit Jahren mehr Geld zur Unterstützung von Firmenneugründungen. Damit sollen dann auch gleich neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Mit

um geht, die Arbeitslosigkeit auch tatsächlich zu bekämpfen. Leider gibt es auch vom ÖGB und seinen Fachgewerkschaften nichts Konkretes. Zwar gibt es Lippenbekenntnisse und hin und wieder auch einmal Kri-

Waagner-Biro

Sozialplan oder Protest?

Die Schreckensmeldungen der letzten Wochen gehen weiter. Nun betrifft es die Auricon-Gruppe gehörende Waagner-Biro: 270 durch die Stilllegung der Produktion in Stadlau, 60 am Standort Gleisdorf und 100 weitere in der Fassadentechnik - macht summa summarum 430 Arbeitsplätze, die in naher Zukunft vernichtet werden. Schuld daran sind laut Geschäftsführung die schlechte Auftragslage und die hohen Verluste.

Der Betriebsrat und die Gewerkschaft beschränkte sich wieder einmal darauf, ins „Krisenmanagement“ eingebunden zu werden. Dagegen organisierten ein ehemaliger Werksmitarbeiter und die Bezirksvertretung von Wien 22 eine Protestdemonstration, an der sich rund 100 Personen beteiligten. Der Betriebsrat lehnte eine Unterstützung mit dem Verweis auf die Verhandlungen über einen Sozialplan ab. Wahrscheinlich soll das „Gesprächsklima“ nicht gefährdet werden. Bleibt nur die Frage, wie denn sonst Druck auf die Konzernleitung ausgeübt und die Arbeitsplätze verteidigt werden sollen.

Da hilft es auch nichts mehr, wenn jetzt Bürgermeister Häupl den Chef der Auricon, Herbert Liaunig, einen „großkapitalistischen Potentat“ nennt und meint, von diesem „beschwindelt worden zu sein“. Klare Sache von „nachher gescheiter und trotzdem nichts dazugelernt!“

Analyse der Landtagswahlen in Kärnten

Warum siegte die FPÖ?

„Ich fände es besser, wenn wir uns mit Anstand, aber ehrlich, aus der Affäre ziehen und die Wahl Haider zum Landeshauptmann akzeptieren“, kommentierte der Wolfsberger SPÖ-Bürgermeister Seifried das Wahlergebnis vom 7. März. Mit dieser Meinung steht Seifried nicht alleine da: Nachdem die FPÖ in Kärnten 42 Prozent erreicht hat, stellt keine Parlamentspartei und kaum ein Zeitungskommentar Haider's Machtanspruch grundsätzlich in Frage.

Karin Wottawa
und John Evers
SOV Wien Mitte

Warum gerade Kärnten?

Das bundesweite und internationale Medienecho auf Haider's Triumph war gewaltig:

„Es entspricht dem Stolz der Kärntner, daß sie die Welt bewege: Mit gerade einmal 420.000 stimmberechtigten Bürgern (sieben Prozent der Gesamtbevölkerung) haben sie in der Landtagswahl am Sonntag nicht nur neue Verhältnisse im südlichsten Bundesland Österreichs geschaffen, sie bringen auch die Bundespolitik in erhebliche Rotation.“ (Süddeutsche Zeitung)

Ganz offensichtlich besitzt das Ergebnis dieser Wahlen eine nationale und internationale Tragweite.

Demgegenüber beschränkten sich die Analysen „Warum Haider siegte“ vor allem auf regionale Umstände. Selbst hier wurde eher die sogenannte Kärntner Seele bemüht, als die tatsächlichen Probleme der KärntnerInnen: Kärnten bildet mit dem Bur-

in gewisser Weise „etwas Besonderes“ ist die Rolle von SPÖ und FPÖ in der Geschichte des südlichsten Bundeslandes: Die SPÖ war seit 1945 die stärkste Partei in Kärnten und regierte im wahrsten Sinn des Wortes „absolut“. Die negativsten politischen Elemente, welche die Sozialdemokratie an der Macht allgemein kennzeichneten, trieb die SPÖ in Kärnten in den 70er Jahren auf die Spitze: Korruption, Freunderlwirtschaft, autoritäre Führung und politische Entmündigung der Basis. Hinzu kam eine extreme Anbiederung an rechte Ränder und (Ex-)Nazis, kombiniert mit einer Hetze gegen Linke und die slowenischsprachige Minderheit. Doch das Konzept der SPÖ, als machtbewußte „Partei für alle Kärntner“ wurde in den wirtschaftlich, sozial und politisch „rauherten“ 80er Jahren brüchig und sackte letztlich völlig zusammen. Seitdem toben in der SPÖ Grabenkämpfe. Allerdings nicht zwischen einem „linken“

teiligen. Die FPÖ hielt seit vierzig Jahren immer weit über 10 Prozent (bundesweiter Durchschnitt: rund 4 Prozent); seit Ende der 80er Jahre bei knapp dreißig Prozent (bundesweit ca. 20 Prozent).

Das Zusammenwirken und Aufeinanderprallen dieser beiden Faktoren - ausgeprägte Krise der SPÖ und traditionell starke FPÖ - bewirkten jene Dynamik, die zu Haider's Sieg führte: 26.000 Stimmen verlor die SPÖ direkt an die FPÖ. Das war die einzige relevante Wählerwanderung am Kärntner Wahlsonntag.

Haider spielt soziales Gewissen

Billigere Strompreise, günstige Mieten, mehr Geld für Kinder und Familien - das waren die Wahlkampfthemen, mit denen die FPÖ die anderen Parteien vor sich her trieb. Die ÖVP verwies geradezu mit Stolz auf den Sparkurs der Landesregierung (in der übrigens auch die FPÖ saß), die SPÖ beschränkte sich auf die Bewerbung zukünftiger olympischer Winterspiele und „Haider-soll-nicht Landeshauptmann-werden“-Sprüche. In der Realität wurden 93 Prozent aller Landtagsbeschlüsse einstimmig - also von SPÖ, ÖVP und FPÖ gefällt. In diesem Einheitsbrei fiel es der FPÖ am leichtesten, sich als „kraftvolle“ Erneuerungspartei zu präsentieren, der die anderen Parteien



Landeshauptmann Haider: Kampfansage an ArbeitnehmerInnen

Wie geht es weiter?

Die Kärntner Landesorganisationen von SPÖ und ÖVP befinden sich in einer tiefen Krise. Die Bundesparteizentralen sind insofern um Schadenbegrenzung bemüht, in dem sie „Kindesweglegung“ betreiben, und vorgeben, nichts mit dem Wahlergebnis und den weiteren Entwicklungen zu tun zu haben. Die Wahl von Manzenreiter zum neuen SP-Landeschef ist ein neuerlicher Rechtsruck. Die SPÖ hat bereits angekündigt, konstruktiv in der Landesregierung mitzuarbeiten. Die ÖVP sagt, sie möchte beinhardt Opposition bieten, wird aber den SPÖ-Kandidaten zum Landeshauptmann nicht und damit Haider wählen. Die Manöver rund um die Wahl Haider's stärken Haider tatsächlich weiter und ändern nichts an der Realität: SPÖ und ÖVP sind für Haider's Wahlsieg genauso verantwortlich wie für seine Wahl zum Landeshauptmann.

Widerstand organisieren

Haider verhindern könnte nur eine starke Kraft von links - jenseits des 93-Prozent-Konsens von SPÖ, ÖVP und FPÖ. Jetzt gilt es sich auf die Angriffe und die populistischen Schachzüge unter einem Landeshauptmann Haider vorzubereiten. Zumindest in der ersten Phase wird Haider vor allem auf eine Politik nach dem Motto „Teile und Herrsche“ setzen: Einzelne Punkte - Kulturpolitik, Minderheiten etc. - werden zum Angriffsziel erklärt werden, um eine drastische Kürzungspolitik bei Projekten, öffentlichen Subventionen (...) durchführen zu können. Auch Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen werden sich „warm anziehen“ müssen - denn die FPÖ wird hier versuchen, Mittel zu streichen und Menschen zur Zwangsarbeit mit Hungerlöhnen zu verpflichten - um angeblich die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Gleichzeitig wird Haider auf Anti-Wien-Stimmung

setzen und auch die anderen Regierungsparteien im Landtag für sämtliche Mißstände verantwortlich machen. SPÖ und ÖVP werden dem wenig bis gar nichts entgegen zu setzen haben, sondern versuchen, ihre Pfirnde so gut es geht zu retten. Daß sich die FPÖ hier genauso verhält, liegt auf der Hand. Trotz aller sozialer Phrasen, ließ sich Haider im Wahlkampf von verschiedenen Proponentenkomitees aus wohlhabenden Ärzten, Managern und Anwälten sponsorn. Deren Einsatz für die FPÖ dürfte sich bald bezahlt machen: Denn 177 Spitzenpositionen „müssen“ jetzt neu vergeben werden.

Ob Haider in solchen oder anderen Punkten in den nächsten Jahren öffentlich entzaubert werden wird oder nicht, hängt davon ab, ob es gelingt, Widerstand von unten gegen die FPÖ zu organisieren.

Der FPÖ-Kinderbetreuungsscheck

FPO DIE WIENER FREIHEITLICHEN

Zahlen Sie von den Inhabern dieses Schecks

- Fünftausendsiebenhundert -

Kinderbetreuungs-scheck für:

Währung Betrag

ÖS 5.700,-

Das FPÖ-Modell:
ENTSCHEIDEN SIE SELBST:
einzulösen

- für einen Kindergarten
- für eine Tagesmutter
- für Sie selbst, da Sie weder Kindergärten noch Tagesmütter in Anspruch nehmen

pro Monat • pro Kind • zur freien Verfügung

Die FPÖ will Frauen an den Herd schicken

genland das „Schlußlicht“ unter den neun Bundesländern: Hohe Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne prägen das Leben in Österreichs Süden.

Die Sparpolitik und der massive Stellenabbau in der Industrie hat das Bundesland Kärnten in den letzten Jahren stark getroffen.

Doch eigentlich sind diese Punkte nicht „besonders kärntnerisch“, sondern existieren in vielen Teilen Europas. Und wie in vielen Regionen des Kontinents drückt sich die wirtschaftliche und soziale Krise auch in Kärnten in wachsendem Haß gegen die „etablierten Parteien“ aus. In diesem Zusammenhang sind auch die sozialdemokratischen Parteien in der Krise und ein rechtsextremer Wahlsieg auf europäischer Ebene nichts Neues. „Neu“ ist allerdings die Dimension, in der diese beiden Faktoren vorhanden sind.

und „rechten“ Flügel. Hier stehen sich nur jene, die sich an den Machtansprüchen der Vergangenheit orientieren und jene, die die SPÖ auch in Kärnten in Richtung Klima-Partei „modernisieren“ wollen, gegenüber.

FPÖ mit Massenbasis

Kärnten ist das einzige Bundesland, in dem die FPÖ über eine traditionelle Massenbasis und über ein dichtes, gewachsenes Netz, StammwählerInnen, Bürgermeister etc. verfügt. Eine nicht unwesentliche Rolle spielen dabei rechtsextreme Massenvereine wie der Kärntner Heimatdienst und der Kärntner Abwehrkämpferbund, die nach eigenen Angaben über hundertausende Mitglieder verfügen und seit Jahrzehnten das „Deutschtum“ gegen die angebliche slowenische „Bedrohung“ ver-

noch dazu sämtliche soziale Themen überließen.

Insbesondere gilt dies auch für das sogenannte Demokratie-Bündnis aus Liberalen, verschiedenen Grün-Gruppierungen und slowenischen Organisationen. Die undemokratische 10-Prozenthürde zu überspringen, um in den Landtag einzuziehen zu können, war die einzige Begründung für das Zustandekommen dieses Bündnisses, das Ergebnis mit 3,9 Prozent ein Desaster. Jede Stimme für das „Demokratie-Bündnis“ war tatsächlich eine verlorene, weil dieses Bündnis auch inhaltlich durch nichts vom Konsens der drei Landtagsparteien unterschied. Die KPÖ - mit 0,4 Prozent „realpolitisch“ bedeutungslos, gab mit ihrem Antreten wenigstens die Möglichkeit, gegen die herrschenden Zustände bewußt von „links“ zu protestieren.

FPÖ-Abgeordnete

Dr. Jörg Haider, Unternehmers
Robert Haigermair, Geschäftsführer
Ing. Wolfgang Hieslauer, Unternehmer
Dipl.-Ing. Thomas Fritsch, Industrieller
Hans Kuchmann, Hotelbetriebswirt
Mag. Erich Schreiner, Unternehmensberater
Dr. Helmut Petritsch, Richter
Dr. Michael Krüger, Rechtsanwalt
Gernot Wolfgang Jung, Offizier des Bundesheeres
Franz Laffer, Gewerkschaftssekretär
Hermann Böckler, Steuerberater
Ing. Walter Heidegger, Steuer-Sparkoch

Wen vertritt die FPÖ wirklich?
Ist die FPÖ die neue ArbeiterInnenpartei?

Herausgegeben von der
Sozialistischen Offensive Vorwärts **SOV**

Wen vertritt die FPÖ wirklich?

Die FPÖ präsentiert sich immer wieder als „soziales Gewissen“ - vor allem in Wahlkampfzeiten. In dieser Broschüre setzen wir uns mit der Sozialpolitik der FPÖ auseinander und weisen nach, warum sie nicht die „neue ArbeiterInnenpartei“ ist.

Bestellungen bei der Redaktion:
SOV, 7; Kaiserstr.14/11
ÖS 55,- (inkl. Porto) für 72 Seiten

Ausblick ins Superwahljahr 1999

Der Bär ist los!

Das Superwahljahr wurde mit einem Paukenschlag eröffnet: Haider's Wahlsieg in Kärnten, FPÖ-Erfolg in Tirol und selbst in Salzburg konnten sich die Freiheitlichen trotz der kurzfristigen Auflösung der Landesorganisation auf hohem Niveau stabilisieren. Die FPÖ ist wieder zum bestimmenden Faktor geworden.

Harald Mahrer
SOV Wien West

Bundeskanzler Klima hat es seit den Wahlen die Sprache verschlagen: Er will nur noch arbeiten. Vizekanzler Schüssel ist der Meinung: Der Wähler bzw. die Wählerin habe wohl eindeutig genug gesprochen. Vor allem die SPÖ glänzt durch Ratlosigkeit und Verzweiflung. In einem Kraftakt wurde jetzt sogar eine Steuerreform beschlossen, die keine ist (siehe S. 2) - nur um vorgezogene Neuwahlen zu verhindern.

Die Dämme sind gebrochen

Der Staub hatte sich kaum gelegt, da wurde die wahre Tragweite des Kärntner Ergebnisses sichtbar. Die Dämme sind gebrochen. Überall begannen nun „Neudefinitionen“ des Verhältnisses zur Haider-FPÖ platzzugreifen. Die SPÖ-Steiermark stellte Überlegungen über künftige Zusammenarbeit im Land an. Innenminister und SPÖ-NÖ-Vorsitzender Schlögl ließ bei Haider anfragen, wie es mit einem „Tausch Kärnten gegen Niederösterreich“ aussehe. Und der Salzburger SP-Bürgermeisterkandidat überlegte, ob nicht die FPÖ-Stimmen für die Stichwahl ein angemessener Preis für die Haiderkür wären.

FPÖ, egal mit wem sie kandidiert, gewinnt. Das Problem ist nämlich nicht primär Haider's Genialität, sondern die „Unfähigkeit“ seiner Gegner.

Für die Wahlen zum Europaparlament sagen Demoskopien einen Dreikampf um die Nummer eins bereits voraus (Gallup/News). Und bei den

Polizisten Farbige eben nur als Drogendealer kennenlernen. Somit käme es in „Einzelfällen“, zu rassistischen Übergriffen. Die EU-Osterweiterung wird von Schlögl (SPÖ-NÖ) und Karl Stix (SPÖ-Burgenland) von Migrationskontrollen bzw. „langen Übergangsfristen“ abhängig gemacht.

Haider argumentiert, die Regierung stelle keine Kindergartenplätze zur Verfügung, deshalb müsse mittels Kinderbetreuungsscheck den Frauen eine Entschädigung dafür bezahlt

und Entlastung der Unternehmen abgebaut werden. Trotz eines Jahrzehntes Flexibilisierung und Entlastung der Unternehmen haben wir einen Arbeitslosenrekord nach dem anderen, obwohl die Koalition ohnehin immer mehr Erwerbslose in Zwangsfortbildung oder sonst wo zwischenparkt und damit aus der Statistik drängt.

Die SPÖ bietet keine Alternativen, sie macht in weiten Bereichen eine rechte Politik, die sich von den FPÖ-Vorschlägen nur minimal unterscheidet. Haider hat in Kärnten mit „roten Themen“ gewonnen schreibt das nachrichtenmagazin „profil“. Das liegt darn, daß die Sozialdemokratie keine „roten Themen“ mehr vertritt. Die Ereignisse in Kärnten haben sogar der SPÖ auch das letzte entscheidende Argument genommen: Jetzt liegt es deutlich sichtbar auf der Hand: SPÖ-wählen wird Haider nicht verhindern.

Die Grünen – Anbiederung bis zur Unkenntlichkeit

Kärnten war auch für die Grünen der vorläufiger Höhepunkt der Rechtsentwicklung. Das Bündnis mit den Liberalen, der eindeutig rechten VGÖ und den Slowenischen Konservativen (der linke Slowenenvertreter Mirko Messner kandidierte für die KPÖ) spricht politisch für sich. Die Grünen haben damit jeden noch bestehenden Anspruch auf eine linke oder auch nur soziale Opposition aufgegeben.

Neue ArbeiterInnenpartei aufbauen

Das Ergebnis entspricht einem Trend, der sich in diesem Wahljahr fortsetzen könnte: In einem polarisierten Wahlkampf, laufen die Grünen (und die Liberalen ebenso, nur von denen wird es keine linke Politik erwartet) Gefahr, von den großen Parteien zerrieben zu werden.

Die FPÖ wird sich weder selbst stoppen, wie von den bürgerlichen Medien wiederholt angekündigt, noch wird sie von SPÖ oder den Grünen gestoppt werden. Die SOV hat versucht einen Ansatzpunkt für einen linken Gegenpol – ein linkes Wahlbündnis – mitaufzubauen. Diese Bemühungen scheiterten am Unwillen anderer linker Kräfte (VORWÄRTS berichtete). Trotzdem können wir jetzt nicht einfach den Kopf in den Sand stecken.

Sozialistisches Programm

Den rechten Lügen müssen wir ein klares, sozialistisches Programm gegenüberstellen. Internationale Solidarität statt Hetze gegen MigrantInnen, aktiver Widerstand statt „sich blau ärgern“. Wir können den Menschen nichts anderes anbieten, als mit ihnen gemeinsam für eine bessere Zukunft zu kämpfen. Dazu müssen sich die Betroffenen organisieren, in Arbeitslosenkomitees, in Jugendgruppen, in linken Gewerkschaftsinitiativen... Die SOV versucht Menschen, die aktiven Widerstand leisten, zusammenzufassen und damit einen Beitrag zum Aufbau einer neuen ArbeiterInnenbewegung und Partei zu leisten.

Eine solcher wird notwendig sein, wenn wir ernsthaft gegen rechte Politik (mit oder ohne Haider) etwas ausrichten wollen. Für dieses Jahr ist die Chance für einen ersten Anlauf auch auf Wahlbene eine kämpferische, linke Alternative anzubieten vertan. Konkret stellt sich allerdings die Frage für das Jahr 2001, bei den Wiener Gemeinde- und Bezirksratswahlen zu kandidieren. Die SOV arbeitet daraufhin, daß bei diesen Wahlen eine kämpferische, linke Alternative vorhanden sein wird. Nur durch aktiven Widerstand auf allen Ebenen wird dieses „Etappenziel“ im Kampf gegen Rechtsruck und Sozialabbau und für den Sozialismus erreicht werden können.



SPÖVP drehen sich um die neue Mitte

FPÖ ist wieder voll im Spiel

Die ÖVP wollte dem natürlich nicht nachstehen. Erhard Busek galt zur Zeit seines ÖVP-Parteivorsitzes als Garant für die große Koalition und die „Nichtzusammenarbeit“ mit der FPÖ. Jetzt revidierte er im Wochenmagazin Format sein Nein zu Schwarz-Blau auch auf Bundesebene. In Tirol stand Wendelin Weingartner kurz vor einer Koalition mit der FPÖ. Gescheitert ist diese nicht an inhaltlichen Streitigkeiten, sondern an dem Versuch der FPÖ, Bundesgeschäftsführerin Riess-Passer in eine prestigeträchtige Funktion in der Landesregierung zu hieven.

Insgesamt ein ekelhaftes Schauspiel: Postenschachertum, Machtgeilheit, offensichtlicher Bruch von Wahlversprechen („Haider wird nicht Landeshauptmann...“). Es ist ein klares Bild: Weder SPÖ noch ÖVP sind willens, der FPÖ wirklich etwas entgegenzusetzen, geschweige denn ihr den Schritt zu den Futtertrögen der Macht zu verwehren.

Nr.1 FPÖ?

Totgesagte leben länger. Die FPÖ und Jörg Haider sind nach dem „Horrorjahr 1998“ (Format) wieder da und stärker denn je. Haider nach Kärnten abzuschieben, dürfte wohl kaum gelingen, zeigten doch gerade die Wahlen in Salzburg und Tirol, daß die

Nationalratswahlen ist Haider ohnehin „geheimer“ Spitzenkandidat. Die FPÖ kandidiert im Team: Marionette Westenthaler (fürs Grobe), Marionette Riess-Passer (fürs Feinere) und Jörg Haider (damit jeder weiß, was des Pudels Kern ist) werden österreichweit von den Plakaten lächeln.

Haider's Helfer werden von Ort zu Ort ügeln und schöne Geschichten erzählen, wie toll der Jörgl im sonnigen Süden den – von den „Altparteien“ verfahrenen Karren – wieder flott macht. Sollte trotzdem Sand im Getriebe sein, versteht sich von selbst, daß die Koalition in Wien diesen Sand dorthin gestreut hat.

Rechtsruck, aber links kein Ruck

In Wien begründet die FPÖ ihre Forderung nach einem Kinderbetreuungsscheck mit den „von Ausländerkindern überfüllten Gemeindekindergärten“ und pudelt sich als Kämpfer für Frauen auf. Ihre Arbeitsplatzpolitik stützt sich auf drei Säulen: AusländerInnen raus, Frauen an den Herd und Unternehmen entlasten. Die SPÖ hat dem nichts entgegenzusetzen.

Schlögl's Abschiebungsmaschinerie ist kräftig geschmiert, statt für die Rechte von MigrantInnen, wirbt Schlögl für Verständnis, daß viele

werden. Außerdem würde das den Druck vom Arbeitsmarkt nehmen, vulgo endlich können die Frauen zuhause bei Kind und Herd bleiben. Darüber regt sich die SPÖ aber nicht auf, nein, sondern nur darüber, daß die Forderung unfinanzierbar sei. Die Arbeitslosigkeit soll – so die Regierung – durch Flexibilisierung

„Laßt ihn machen ...“

Nach dem Triumph der FPÖ in Kärnten war von vielen Seiten zu hören, daß es vielleicht gar nicht so schlecht sei, wenn Haider Landeshauptmann würde. Denn ersten sei er dann weg von der Bundesebene und die FPÖ bei den Nationalratswahlen automatisch geschwächt. Und zweites werde sich Haider durch seine Realpolitik ohnehin selbst diskreditieren...

Katja Arthofer
SOV Wien Mitte

Die FPÖ konnte sich in Tirol wie Salzburg auf hohem Niveau stabilisieren. Und das, obwohl Haider dort im Wahlkampf nicht präsent war.

Was beweist, daß für Erfolge der FPÖ nicht die Person Haider ausschlaggebend ist sondern die politischen Rahmenbedingungen. Haider's Landeshauptmannsposition, macht diesen zum besten Wahlkämpfer für seine Partei, auch wenn er nicht als Spitzen-

kandidat antritt. Die Politik der übrigen Parteien wird das ihrige dazu beitragen, daß bei der Nationalratswahl aber vor allem auch bei der EU-Wahl stark mit der FPÖ zu rechnen sein wird. Realpolitisch gibt es ein enormes Unterschied zwischen einem Wahlerfolg der FPÖ und einem Landeshauptmann Haider.

Nein zur Kapitulation

Denn eine stärkere Integration der FPÖ ins offizielle politische Geschehen, macht Haider und sei-

ne Ideen noch salonfähiger und die FPÖ wieder zu einer Option für diverse Koalitionen auf Landes- wie auf Bundesebene macht. Darauf zu hoffen, daß sich Haider durch seine Politik als Landeshauptmann selbst diskreditieren werde, ist mehr als naiv.

In Salzburg und Tirol war die FPÖ wegen verschiedener Skandale ein Scherbenhaufen. Die Wahlen wurden trotzdem gewonnen. Die Bundes-FPÖ wurde nach der Rosenringaffäre von vielen Medien totgesagt. Ihr Bundesobmann wird jetzt Landeshauptmann.

Die „Lassen wir ihn machen“-Taktik bedeutet in Wirklichkeit die endgültige Kapitulation vor der FPÖ. Und die beste Garantie dafür, daß die FPÖ noch stärker wird, als sie ohnehin schon ist.

Wie politisch darf die Kunst sein?

Grüne und KP mit Promi-Schmäh?

Wie politisch darf die Kunst sein? Angesichts zweier Kandidaturen für die kommenden Wahlen zum EU-Parlament stellt sich diese Frage konkret: Die Grünen schicken die Schauspielerin Mercedes Echerer ins Rennen, die KPÖ reihte den Kärntner und „Allroundkünstler“ Johann Kresnik auf Platz drei ihrer KandidatInnenliste. Außer daß beide KünstlerInnen sind, lassen sich aber kaum Gemeinsamkeiten erkennen...

Martin Birkner
SOV Wien West

Mercedes Echerer wurde vom Grünen Parteichef Van der Bellen gepusht- Prompt stimmten die Delegierten des 18. Bundeskongresses gegen die als stärker „links“ deklarierten LangzeitaktivistInnen Franz Floss und Ulrike Lunacek und für den „Promi“ Echerer. Die Vorsitzende der Grünen Fraktion im Europaparlament, Magda Aelvoet, war sichtlich angetan. In Vergangenheit hätten die europäischen Grünen ohnehin zu sehr Augenmerk auf das Programm gelegt. In der „medialisierten Gesellschaft [wird] ein Gesicht immer wichtiger“, verabschiedete sich Aelvoet vom letzten Rest politischer Inhalte.

Ganz anders Johann Kresnik. Er ist KPÖ-Mitglied und bereitet gerade die Premiere von „Wiener Blut“ vor, eine „Mentalitätsstudie „über die österreichische Seele vom Walzer bis Proksch“, (O-Ton Klaus Peymann). Kresnik stammt aus Kärnten. Seine Vorfahren kämpften bei den Partisanen. Zufrieden sei er, wenn die Leute aus dem Burgtheater hinausgehen und in die KPÖ eintreten, so Kresnik sinngemäß. Das mit dem Eintreten wird's wohl nicht spielen und auch Kresnik selbst, sieht das mit der konkreten Mitarbeit nicht so eng. An jenem KPÖ-Parteitag, an dem seine Kandidatur bestätigt wurde und die KPÖ-Basis den Europawahlkampf diskutierte, war er - aus „beruflichen Gründen“ - nicht einmal anwesend. Aber immerhin: Auf einer Liste der KPÖ kandidiert jetzt ein Künstler, der offen für die Repolitisierung der Kunst eintritt. Das ist in unserer ach so postmodernen Zeit bemerkenswert.

Seit dem Ende der siebziger Jahre

war es immer „unmoderner“ geworden, sich als KünstlerIn politisch zu positionieren. Diesen Umstand nutzte auch die aufstrebende neue



Quereinsteiger sind modern

Rechte in Europa. Der „Kulturkampf“ wurde ausgerufen, fortschrittliche KünstlerInnen diffamiert (FPÖ-Plakate!) und natürlich auch vor der Unterwanderung unserer wunderbaren „Volkskultur“ durch „die Fremden“ gewarnt. Die „demokratische Kulturöffentlichkeit“ war nicht nur sprachlos, sondern paßte sich diesen Vorgaben an. Bestenfalls moralische Appelle waren zu hören. Zuwenig, um den Vormarsch der Rechten zu stoppen. Die

ökonomischen und sozialen Ursachen des Rechtsdrucks wurden weitgehend ignoriert. Gleichzeitig war man im eigenen Bereich nicht in der Lage eine Verteidigungsfront aufzubauen: Der Unterordnung von immer mehr Kunstsparten unter die Gesetze des „freien Marktes“ tatenlos zugesehen.

Allerdings - eine gewisse Trendumkehr wird spürbar: Obdach- bzw. Arbeitslosigkeit (Stichworte: Schlingensiefel, Ken Loach), sexuelle und/oder rassistische Diskriminierung, politische Themen finden wieder verstärkter Eingang in die Kunst. Und sie finden umgekehrt ein wachsendes Publikum.

Das Hauptproblem bleibt die völlige Abgehobenheit der Kunstdebatte vom Alltagsleben der „normalen Leute“. Dies ist aber auch der Kernpunkt für die Repolitisierung der Kunst. Denn solange die Kunstszene isoliert vom gesamtgesellschaftlichen Leben ist, solange werden linke Ansätze in diesem Bereich im Sande verlaufen. Die Zukunft einer politischen Kunst kann nur mit Organisation aktiver Gegenwehr beginnen:

In Zeiten des rechten Kampfes um die Vorherrschaft in allen gesellschaftlichen Bereichen ist es notwendig denn je, sich gemeinsam und solidarisch zu wehren. Kunst kann nur dann gesellschaftsverändernd wirken, wenn sie aktiver Teil politischer Bewegungen ist. In Frankreich gingen tausende Kulturschaffende auf die Straße, um gegen die rassistische Gesetzgebung zu demonstrieren. Sie sind somit Bestandteil der breiten Bewegung von unten. In Österreich wird es wohl noch dauern, bis progressive Künstler sich derart aktiv ins politische Geschehen einschalten.

Mercedes Echerers Antreten steht nicht für diese Politisierung der Kunst, sondern eher für die Entpolitisierung des grünen Wahlkampfes. Und so positiv Kresnik demgegenüber hervorsteht - passives Kandidieren auf einer KPÖ-Liste ist eigentlich auch zu wenig...

SchülerInnenproteste



Kontrolle pur

Seit Jahren mischen sich LehrerInnen der AHS Rahlgasse ins Privatleben von SchülerInnen ein, stets unter dem Vorwand zu helfen. Doch das Ergebnis sind meist Einschüchterungen, falsche Anschuldigungen, Vorwürfe etc. Pädagogisch fragwürdige Methoden kommen in der letzten Zeit ans Tageslicht.

Nepomuk Hurch
SOV Wien Mitte

Der Vorwand ist stets Hilfe für SchülerInnen. In der Realität wird so versucht, einzuschüchtern und in jedem Lebensbereich zu kontrollieren. Das schafft ein Klima von Mißtrauen, bis hin zum Vertrauens-

wohl mit disziplinären Maßnahmen gedroht wurde, vor der Schule und machten den Unmut über die Methoden der Direktorin deutlich! Die Administratorin kam und rief die Polizei an. Diese wollten die Veranstaltung auflösen und sich eine/n Verantwortlichen herauspicken. Mit Worten wie „er ist der Redelsführ-

SAP!

SchülerInnenAktionsPlattform
von Jugend gegen Rassismus in Europa

bruch und von Kontrolle bis ins Privatleben. Ein Papierzettel, der durch die Klasse flog und auf dem stand „nach der Schule hab ich was für dich“ führte dazu, daß dem Schüler fast ein Disziplinarverfahren wegen „Drogendealens“ angehängt wurde!

In letzter Zeit trafen sich SchülerInnen öfters im „Fürstenhof“ auf ein gemütliches Beisammensein. Einige LehrerInnen schauten absichtlich immer wieder dort vorbei um zu kontrollieren. Da diese LehrerInnen das „Nikotinproblem“ der SchülerInnen zu ihrem machen, ist löblich, aber auf welche pädagogische Art und Weise ganz und gar nicht. Anstatt mit den SchülerInnen selbst zu sprechen, wurde bei ca. 15 SchülerInnen zuhause angerufen. Es wurde verbreitet, daß im Fürstenhof mit Drogen gedealt, Vandalismus betrieben wird, ... Daraufhin bekamen manche bis zu drei Wochen Hausarrest: Einschüchterung statt Pädagogik!

Dagegen organisierten wir eine Protestveranstaltung vor der Schule. Viele SchülerInnen blieben, ob-

rer“ wollten sie uns Angst machen. Doch wir fanden das mehr lachhaft, hielten zusammen, verwiesen auf unsere Rechte und verlangten die Dienstnummern der Beamten.

Bei den folgenden Gesprächen meinte die Direktorin, wir hätten jede Gesprächsbasis vernichtet (die es auch zuvor nicht gab) und wir müssen uns erst wieder um ihr Vertrauen bemühen. Doch viel eher muß sie sich darum bemühen, ein besseres Klima an der Schule zu schaffen. Sonst werden wir wieder auf die Barrikaden steigen!

Ein paar Tage später wurde SchülerInnen, die sich am Protest beteiligt hatten, Zettel zum Unterscheiden in die Hand gedrückt, auf denen stand, daß die Beteiligung ein brutaler Verstoß gegen die Schulordnung sei, und bei „Wiedervorkommen“ mit disziplinären Maßnahmen zu rechnen sei. Wir werden uns nicht zum Schweigen bringen lassen, wir werden kämpfen bis allen die Augen geöffnet wurden und ein demokratisches Verhältnis zwischen LehrerInnen und SchülerInnen eingeführt ist!

Die SOV Ortsgruppen und andere Veranstaltungen, bei denen Du uns treffen kannst:

In unseren Ortsgruppen diskutieren wir politische Themen, laden Referenten von anderen Organisationen ein, schauen uns Filme an, planen die nächsten Aktivitäten ...

ORTSGRUPPE WIEN SÜD
jeden Dienstag 19 Uhr
Halikarnas; 5., Spengerg. 31

ORTSGRUPPE WIEN WEST
jeden Freitag 19.00 Uhr
„Club International“
16.; Payergasse 14

ORTSGRUPPE WIEN NORD
jeden Dienstag 19.30 Uhr
„Café Spectrum“
2., Arnezhoferstraße 8

ORTSGRUPPE WIEN MITTE
jeden Mittwoch 19 Uhr
„Amerlinghaus“
7., Stiftgasse 8

GEWERKSCHAFTS-STAMMTISCH:
Termine nach Rückfrage
„Pizzeria Romano“;
7.; Andreasgasse/ Mariahilfer Str.

FRAUEN-STAMMTISCH
jd. 2. und 4. Mittwoch im Monat,
„Zentrum Erdberg“; 19 Uhr
3.; Lechnerstr.2-4

ÖBERÖSTERREICH-WELS
jeden Samstag 14 Uhr
Ort bei der Redaktion erfragen

Jugend gegen Rassismus in Europa
SAP-Plenum
jeden Freitag um 19 Uhr
6., Eggerthg./Ecke Dürergasse

JRE-Aktionsplenum Wien Mitte
jeden Dienstag um 19 Uhr
Amerlinghaus; 7., Stiftgasse 8

jeden Do. 9-11 Uhr Aktion beim AMS-Passetiststraße

12.4. „Strategien für eine kämpferische Gewerkschaft“
Gewerkschaftsstammtisch

13.4. „Ist die FPÖ noch zu stoppen?“ OG Wien Nord

14.4. „Das Programm der SOV“ OG Wien Mitte

14.4. „Sexismus in der Schule“ Frauenstammtisch

14.4. „Bre-geh“-Aktionstag
9 Uhr vor der SPÖ-Zentrale in der Löwelstraße
10 Uhr Pressekonferenz im Café Landtmann

16.4. „Hintergründe eines rassistischen Todesurteils -
Freiheit für Mumia Abu Jamal“ OG Wien West

20.4. „Die Neue Rechte“ OG-Süd

24.4. DEMONSTRATION
„Freiheit für Mumia Abu Jamal! Rassismus stoppen!“
12.30 Wien Westbahnhof

Treffpunkte

Termine



**Neues
aus dem
CWI**

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI) – Committee for a Workers' International (CWI), das in über 30 Ländern vertreten ist.

Sri Lanka

Wahlen

Die Vereinigte Sozialistische Partei (USP), die Schwestersektion der SOV in Sri Lanka, kandidiert bei den landesweiten Wahlen im April in einem Bündnis mit anderen linken Gruppen. In Sri Lanka sind Wahlen immer von massivem Wahlbetrug bedroht. Aus diesem Grund organisierte das Bündnis eine Kampagne gegen Wahlbetrug. Ein erster Höhepunkt war eine Protestaktion in der Hauptstadt Colombo, an der 3.000 Leute teilnahmen. Und der Sekretär der USP, Siritunga Jayasuriya, war stellvertretend auf den ersten Seiten der Tageszeitungen und im TV zu sehen.

GUS

Hungerstreik

Die „Linke Avantgarde“, die Schwestersektion der SOV in der GUS, organisiert eine Solidaritätskampagne für ArbeiterInnen in Ust-Kamenogorsk in Kasachstan. Diese bekommen schon seit Monaten keine Löhne ausbezahlt und befinden sich deshalb im Streik. 11 ArbeiterInnen haben zusätzlich mit einem Hungerstreik begonnen. Und obwohl der Staat bisher nicht interveniert hat, ist die Gefahr groß, daß sich die Situation schlagartig ändert.

Bitte Solidaritätsbriefe an:
Victor Budkov
Kasachstan, Ust-Kamenogorsk
Prospect Abaya 2-102
Profkomu metal zavoda

Britannien

Studiengebühren: Wir zahlen nicht!

New Labour setzt soziale Kürzungen fort: Jetzt sind die StudentInnen dran. Staatliche Stipendien wurden ersatzlos gestrichen, und wer Universitätskurse besuchen will, muß bis zu 20.000 Schilling jährlich befragen. Zwei Jahre nach Einführung der Gebühren sind die StudentInnenzahlen bereits um 10% gefallen – daß es sich dabei zum größten Teil um Angehörige schlechtgestellter sozialer Schichten handelt, ist klar. Der freie Bildungszugang ist tot.

Studentische AktivistInnen der Socialist Party (Schwesterorganisation der SOV) organisieren Widerstand. An vielen britischen Universitäten sind Medienpräsentate „Wir zahlen nicht!“-Kampagnen im Gange, die massiv von den StudentInnen und der lokalen Bevölkerung unterstützt werden. Es gibt Demonstrationen, Straßenaktionen und die Kampagne „Save free education“ wächst.

Lafontaine und die gesamte EU-Kommission zurückgetreten

EU steckt in der Krise

Zwei Rücktritte erschütterten in den letzten Wochen die EU: der des deutschen Finanzministers und jener der EU-Kommission. Der einigermaßen überraschende Rücktritt Oskar Lafontaines als Finanzminister und SPD-Chef, hat die Bürgerlichen zu Begeisterungstürmen hingerissen. Das Blatt des Finanzkapitals, die Financial Times, bedankte sich mit „Oskar, Bravo!“.

David Mum
SOV Wien Süd

Die deutsche Aktienbörse in Frankfurt zeigte mit einem Anstieg von 6,2 Prozent oder fast 300 Punkten die größte Begeisterung. Und die Finanzmärkte sind heute meist der Prüfstand von Politikern. Denn über die Reaktionen an der Börse und jene der Unternehmensvertreter wurden in den Medien an prominenter Stelle als ausschlaggebend berichtet. Aber wer hat von den Reaktionen der Bevölkerung oder der SPD-Basis etwas gehört?

Auch Lafontaines Rivale und Nachfolger, Schröder, meinte, Deutschland werde nun eine europafreundlichere Finanzpolitik machen und vom Konfrontationskurs gegenüber der Europäischen Zentralbank ablassen.

Was war sein Vergehen? Er vertrat angeblich eine „nachfrageorientierte“ Politik der Arbeitsplatzschaffung: Steuersenkungen und Sozialleistungen für die kleineren Einkommen“ (Der Standard). Inkludiert in dieser Reform: ein einheitlicher Steuersatz auf Unternehmenseinkünfte von 35 Prozent, der bereits am 1. April von 45 auf 43 Prozent gesenkt wird. Nicht gerade das, was man sich unter radikaler Umverteilung zu Lasten der Wirtschaft vorstellt. Und weiters eine Absenkung der Einkommenssteuersätze, aber auch eine stärkere Belastung der Versicherer und Stromversorger.

Diese finden nun, daß „Verwerfungen aus der Steuerreform herauszunehmen“ sind (Bernd Michaels, Präsident des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft).

Lafontaine: Kein Linker

Lafontaine ging bei seinen Plänen zur Steuerreform nicht auf alle Unternehmenswünsche ein, betrieb aber wirklich keine unternehmensfeindliche Politik. Außerdem wagte er es, Kommentare zur Politik der Europäischen Zentralbank abzugeben, was anscheinend an deren Unabhängigkeit bereits heftig rüttelte. Damit war er aber in der heutigen Sozialdemokratie bereits einer von gestern. Der neoliberale Blair und sein Umfeld waren von Lafontaines Abgang entzückt. Lafontaine war in der praktischen Politik kein „Linker“, er ging beispielsweise von der kapitalistischen Globalisierung als „Chance“ aus.

Aber es ist bezeichnend, daß er mit seinen leicht vom mainstream abweichenden Positionen sofort zum Buhmann der bürgerlichen Presse (die „Sun“ bezeichnete ihn gar als gefährlichsten Mann Europas) und Außenseiter in der europäischen Sozialdemokratie wurde.

Der Rücktritt der EU-Kommission nach dem Korruptionsskandal löste da an den Kapitalmärkten eine geringere Reaktion aus. Der Euro geriet kurzfristig unter Druck erholte sich

aber wieder. Die Kapitalmärkte haben ihre eigenen Kriterien auf die sie reagieren: an der wirtschaftlichen Entwicklung oder an Zinsentscheidungen der EZB.

Die Kommission:

Es kommt nichts Besseres nach

Daß die Aktienmärkte nur schwach reagierten, zeigt, daß davon ausgegangen wird, daß die neue Kommission den Kurs der alten fortsetzen wird. Also die Umsetzung jener Maßnahmen, die die Euro-Einführung begleiten und unter dem Begriff „Sozialabbau“ zusammengefaßt werden können.

Einziges Problem für die EU: heuer sind Wahlen zum Europaparlament, da müssen die Politiker und die Parteien einmal nicht nur auf die Börsen schielen, sondern die WählerInnen in ihr Kalkül einbinden. Der Rücktritt fand statt um schlimmeres zu verhindern. Die Vorgänge zeigen aber deutlich wie undemokratisch und unkontrolliert die obersten EU-Entscheidungsträger agieren. Wenn jetzt die Kommissare und nicht die Strukturen ersetzt werden, wird das nichts ändern.

EU: Undemokratische Strukturen

Der neue Kommissionspräsident Prodi steht jedenfalls für die EU-Politik der 90er Jahre: Sozialabbau für den Euro. Der Frust und Protest über diese Politik und die Korruptionsvorfälle drohen jedenfalls bei den EU-Wahlen zu einem Anwachsen des rechten, nationalistischen Protestlagers zu führen.

Der Rücktritt der EU-Kommission



Edith Cresson:
Die Spitze des Eisbergs

ist nur eine weitere Stufe auf dem langen Weg der Krisen der EU. Die trennenden Punkte - Agenda 2000, Osterweiterung etc. - überwiegen bei weitem. Der Kitt, der die EU zusammenhält, ist der Wunsch, den Euro umzusetzen. So gut wie alle anderen Punkte sind heftig umstritten. Verstärkt werden die Inner-EU-Konflikte durch die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in Europa und die drohende Weltwirtschaftskrise.

Notwendig ist eine internationalistische Opposition von links, die die EU nicht reformieren will, sondern diesem „Europa der Konzerne und Börsen“ ein alternatives antikapitalistisches Konzept gegenüberstellt. Vor allem die jetzige Politik der europäischen Sozialdemokratie zeigt, daß eine neue sozialistische Kraft in Europa aufgebaut werden muß. Dafür engagiert sich das Komitee für eine ArbeiterInneninternationale.

SOV ALL-INCLUSIVE SPRING & SUMMER

PFINGSTEN 22.5.-24.5. SOMMERCAMP 8.-14.8.
IN SOPRON IN NORD-BÖHMEN

Inklusive: Politischer Diskussion, Anreise, Unterbringung

Inklusive: Politischer Diskussion, Anreise, Unterbringung & Verpflegung

Themenschwerpunkte:

- Wirtschaft & Politik in Asien
- Für eine neue sozialistische ArbeiterInnenpartei
- Welchen Sozialismus wollen wir?

1989/1999 - 10 Jahre danach: Der Anfang vom Ende des „realen Sozialismus“. Es nehmen Mitglieder des CWI aus Tschechien, Deutschland, der GUS und Österreich teil.

UM NUR ÖS 399,-

UM MAX. ÖS 2349,-

SICHERN SIE SICH IHREN PLATZ: 01-524 63 10



Nato mordet!

Das Morden am Balkan geht weiter. Die NATO Angriffe haben real eines bewirkt: Ein Großteil der Kosovo-Albaner und AlbanerInnen befindet sich auf der Flucht und der Nationalismus in Serbien ist größer als je zuvor. Die Region wird jetzt wahrscheinlich „endgültig ethnisch gesäubert“. Der Sachschaden geht in die hunderten Milliarden Schilling, bei Redaktionsschluß gab es bereits 1000 überwiegend zivilen Opfern. Wie auf diese Art gegen Nationalismus und Völkerhaß gekämpft werden soll, ist keinem klar. Die NATO-Bomben sind Ausdruck der Unfähigkeit des Imperialismus, die Probleme der Menschen wie der Region zu lösen.

Ken Horyath
SOV Wien Süd

Nach der Nichtunterzeichnung des Vertrags von Rambouillet war klar: „Im Namen der Menschlichkeit“ soll mit dem Morden an SerbInnen, dem Morden im Kosovo ein Ende gesetzt werden. Tatsächlich geht es dem Westen nicht um Menschlichkeit: Fast ein Jahrzehnt dauert die brutale Unterdrückung der Kosovo-albanerInnen durch die Zentralregierung nun schon. Der NATO geht es nur um Stabilität am Balkan, die sie durch den Bürgerkrieg der letzten Monate zwischen der albanischen UCK und der serbischen Polizei zu nehmend gefährdet sah und sieht.

Bomben auf Ankara und Moskau?

Daß das Massaker an den KurdInnen durch den türkischen Staat kein Ende nimmt, daß dieser Konflikt Tod, Elend und Flucht verursacht hat, war für eine Intervention nicht Grund genug. Was aus Jelzins Mund als Rechtfertigung für die Ermor-

dung von 50.000 Tschetschenen akzeptiert wurde - es handle sich um eine interne Angelegenheit - das gilt jetzt auch nicht mehr.

Hat der Westen also dazugelehrt?



Was ist, wenn ihre Särge kommen?

Wohl kaum. Der Westen hat am Balkan nur anders gelagerte Interessen. Der Konflikt im Kosovo zwischen UCK und serbischen Kräften hätte

bald auf Mazedonien übergreifen können; dann wären Albanien, Griechenland, Bulgarien und auch die Türkei Teil dieses Bürgerkrieges. Genau diesem Interesse entsprach auch der Vertrag von Rambouillet: Keine Autonomie für die Kosovoalbaner, Truppen der NATO auf serbischem Gebiet. Statt Selbstbestimmungs- und Minderheitenrechten hätte die NATO so eine Kolonie am Balkan.

NATO stärkt Nationalismus

Die nationalistischen Kräfte um den Rechtsextremisten Sesijl sind

auf ihre Mühlen. Mit jeder Bombe sitzt nicht nur der Haß gegen die Nato tiefer. Wenn die politischen VertreterInnen der KosovoalbanerInnen bei jeder Bombe lautstark applaudieren, hat der serbische Nationalismus leichtes Spiel: Die Unabhängigkeitsbestrebungen des albanischen Volkes können so leicht als Teil einer „großen Weltverschwörung gegen das, seit Jahrhunderten geknechtete serbische Volk“, abgetan werden. Leidtragend ist die einfache Bevölkerung. Mittlerweile ist fast ein Viertel der albanischen Bevölkerung des Kosovo auf der Flucht - eine halbe Million Menschen, denen in der EU nicht einmal Flüchtlingsstatus zuerkannt wird!

Je länger der Konflikt dauert, desto klarer wird, worauf er hinausläuft: eine („ethnisch reine“) Teilung des Kosovo, ähnlich wie in Bosnien. Mittlerweile denkt die Nato über den Einsatz von Bodentruppen nach. Um nach dem zunehmenden Desaster der Luftschläge die Kontrolle über die Situation zu behalten. Ein derartiger Einsatz wird endgültig ins Chaos führen: Vietnam läßt grüßen. Schon jetzt gibt es in vielen NATO-Staaten täglich Massenproteste gegen den Einsatz.

Kampf der NATO und dem Nationalismus

Weder NATO-Imperialismus, noch serbischer Nationalismus können eine Lösung in diesem Konflikt erreichen. Als SozialistInnen treten wir für das Selbstbestimmungsrecht aller

Völker am Balkan und gegen jede Intervention des Imperialismus ein. Daß die Angriffe durch die UNO nicht gedeckt sind, zeigt natürlich auch die Arroganz des Westens in diesem Angriffskrieg. Allerdings würde auch eine Intervention, die durch UNO und OSZE gebilligt wäre, keine Lösung im Interesse der Bevölkerungsmehrheit bringen. Vielmehr würde das einen - wenn auch breiteren Kompromiß - der wesentlichen imperialistischen Mächte mit verschiedenen nationalistischen Kräften bedeuten.

Sozialistische Position

Abschließend ein Auszug einer Rede, gehalten am 26. März im irischen Parlament, von Joe Higgins, einem sozialistischen Abgeordneten, als Beispiel für eine unabhängige sozialistische Position: „Das kosovarische Volk hat das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf einen unabhängigen Staat. Gleichzeitig müssen die Rechte der serbischen Minderheit im Kosovo, kulturell wie politisch, garantiert werden. (...) Ich glaube, daß es die Verknüpfung des Widerstandes der gewöhnlichen serbischen Bevölkerung mit der Bewegung von Landbevölkerung und ArbeiterInnen im Kosovo selbst ist, die (...) eine sozialistische Föderation und den Reichtum der Region für die Bevölkerung sichern kann, die Frieden für den Balkan und ein Ende des momentanen Alptraums bringen kann. Bomben werden das nicht schaffen!“

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn öS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit - sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungs-

was wir wollen

- reich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung - Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen

- Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitneh-

merschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.

- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.

- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.